

Wohnungsbau stärken: Neubau forcieren, Bestände besser nutzen

24.4.2026 - | Deutscher Städte- und Gemeindebund

Die Bundesregierung beabsichtigt, den Wohnungsneubau - mit einem Schwerpunkt auf dem öffentlich geförderten Wohnungsbau - deutlich auszuweiten. Dies ist angesichts des bestehenden Bedarfs grundsätzlich zu begrüßen. Leider ist die Entwicklung beim Wohnungsbau aber weiter stark rückläufig.

So wurden von Januar bis November 2023 lediglich 238.500 Wohneinheiten und damit knapp 26 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum genehmigt.

In einem aktuellen [Positionspapier „Wohnungsbau stärken“](#) stellt der DStGB die derzeitigen Entwicklungen im Wohnungsbau dar und zeigt konkrete Handlungserfordernisse im Hinblick auf den Wohnungsneubau und die bessere Nutzung des Bestands auf. Hierbei werden auch im Rahmen der BauGB-Novelle 2024 geplante gesetzliche Änderungen betrachtet.

Um den vielen Wohnungssuchenden in Deutschland bezahlbare Wohnungen anbieten zu können, bedarf es nicht nur einer ausreichenden Finanzausstattung, sondern einer langfristigen Wohnungsbauoffensive mit vielen verschiedenen Maßnahmen. Eine wichtige Aufgabe, die weiterhin ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern, Kommunen und der Wohnungswirtschaft erfordert.

Das vollständige Positionspapier kann unten als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

<https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/archiv-positionspapiere/wohnungsbau-staerken-neubau-forcieren-bestaende-besser-nutzen>